

Medienerklärung

Medienbulletin - verantwortlich : Eva Fernandez,
rue du Vieux-Billard 25 – Case Postale 232 – 1211 Genève 8

Genf, 17. November 2006

Die Grossbanken setzen ihren Kopf durch

Am vergangenen 9. November hat die UNO-Generalversammlung zum fünfzehnten Mal in Folge seit 1992 die Aufhebung der Wirtschafts- Handels- und Finanzblockade „so bald als möglich“ verlangt, die Kuba von den Vereinigten Staaten aufgezwungen wurde. Die mit 183 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen (Vereinigte Staaten, Marschallinseln, Israel und Palaos) und einer Enthaltung (Mikronesien) angenommene Resolution ermahnt alle Staaten, von der Veröffentlichung oder Anwendung von Gesetzen und Bestimmungen des Embargos gegen Kuba abzusehen.

Doch die PdAS stellt fest, dass die zwei grossen Schweizer Banken, die Credit Suisse und die UBS diese Resolution verachten und ihre Politik auf eine Linie mit der der Vereinigten Staaten bringen, indem sie die Blockade gegen Kuba aufrecht erhalten. Glücklicherweise haben andere Banken in der Schweiz, besonders die Kantonalbanken, eine offenere Politik, die das Völkerrecht beachtet.

Erinnern wir uns auch, dass sich die zwei grössten Schweizer Banken auch dadurch „auszeichneten“, dass sie nicht am Embargo gegen Südafrika zur Zeit der Apartheid teilnahmen.

Stehen die Schweizer Banken über den internationalen Empfehlungen? Man muss das effektiv feststellen.

Die PdAS lädt daher die Schweizer Bevölkerung ein, dieses Verhalten bei der Wahl ihrer Bank zu berücksichtigen.

Kontakt:

Eva Fernandez, Präsidentin PdAS, 032 913 43 82 oder 076 417 02 87
Benjamin Altwegg, Nationaler Sekretär, 022 322 22 91 oder 079 637 44 52